

Zeitschrift: FRAZ : Frauenzeitung
Band: - (1996-1997)
Heft: 3

Artikel: Blut ist im Schuh : Welthandel mit Sozialklausel?
Autor: Sax, Anna
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1053737>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blut ist im Schuh

Welthandel mit Sozialklausel?

Handelt es sich bei der Forderung nach einer Sozialklausel im Welthandel nur um ein Interesse des reichen Nordens? Was sagen die Nicht-Regierungsorganisationen des Südens dazu? Einige Argumente, pro und kontra.

Von Anna Sax*

Beim Joggen fällt mir manchmal ein Plakat ein, das während einer internationalen Tagung zum Thema «Arbeitsbedingungen im Welthandel» im Foyer hing. Es zeigt einen Läufer, der mit jedem Schritt seiner Nike-Schuhe ein mageres Menschlein zertritt. Das Plakat macht auf die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen aufmerksam, unter denen die schicken Sportschuhe in Indonesien produziert werden. Eigentlich finde ich diese plumpe Art der moralischen Anschuldigung geschmacklos. Aber das Bild beschäftigt mich noch nach Jahren.

Kein Platz für soziale Rechte

Wir wissen es: Viele Produkte, die bei uns zu kaufen sind, billige und teure, trendige und klassische, werden von Frauen unter sklavenähnlichen Bedingungen hergestellt, manche auch von Kindern, die sich für einen Hungerlohn zu Tode schuften. Zeugnisse von Betroffenen und heimlich gedrehte Filme beweisen es. Kritisch sind im Exportbereich vor allem die Textil- und Teppichindustrie, Spielzeugproduktion und Agrarwirtschaft. Die Liberalisierung des Welthandels macht es für Unternehmungen noch attraktiver, ihren Produktionsstandort dorthin zu verlagern, wo die Lohnkosten gering und die Gewerkschaften schwach sind. Weil die Regierungen der verschuldeten Länder des Südens dringend auf ausländische Investitionen angewiesen sind, haben sie ihrerseits kein Interesse daran, die Rechte der Arbeiterinnen zu schützen.

Soziale Rechte haben keinen Preis. Sie haben in einer Marktideologie, wo Löhne und Arbeitsbedingungen ausschliesslich ein Produkt von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sind, keinen Platz. Die Kosten der ungebremsen Handelsfreiheit tragen zum grossen Teil die Frauen: Häufiger als Männer müssen sie sowohl für ihren eigenen Lebensunterhalt als auch für ihre Familien aufkommen. Junge Frauen und Mädchen gehen in die Fabrik, um ihren Brüdern eine Ausbildung zu ermöglichen, um Schulden ihrer Eltern abzuverdienen, oder einfach, um zu überleben. Sie haben im besten Fall die Wahl, sich unter prekären Bedingungen ausbeuten zu lassen oder ganz auf einen Job zu verzichten.

Sozialklausel?

Mit dem Abschluss des GATT-Vertrages 1994 und der daraus hervorgegangenen Gründung der Welthandelsorganisation WTO sind im globalen Handel neue Regeln in Kraft getreten. Handelsschranken wie Zölle, Importbeschränkungen oder die Subventionierung der inländischen Agrarproduktion werden abgebaut. Schätzungen gehen davon aus, dass das weltweite Handelsvolumen bis zum Jahr 2002 dank dem GATT-Vertrag um 275 Milliarden Dollar anwachsen wird. Der Löwenanteil von zwei Dritteln des Wachstums wird auf die USA, Europa und Japan entfallen.

Die WTO, geschaffen zum Schutz und zur Förderung der freien Marktwirtschaft, hat Instrumente in der Hand, um Mitgliedsländer zu disziplinieren, wenn sie sich nicht an die Vereinbarungen halten und zum Beispiel versuchen, ihre eigene Wirtschaft auf unlautere Weise vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Die Idee liegt nahe, einer Organisation, die im Welthandel eine so wichtige Kontrollfunktion ausübt, auch den Schutz der Rechte der in der Exportwirtschaft Beschäftigten zu übertragen. Gewerkschaften und Entwicklungsorganisationen haben sich deshalb in den letzten Jahren dafür stark gemacht, dass in internationalen Handelsverträgen Sozialklauseln verankert werden. Sozialklauseln sollen die grundlegenden Rechte der Arbeitenden schützen, insbesondere das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Sie sollen Kinder- und Zwangsarbeit beseitigen und jede Diskriminierung verbieten. Multilaterale Organisationen wie die WTO und die Internationale Arbeitsorganisation ILO sollen die Einhaltung der Sozialklauseln überwachen und allenfalls Sanktionen gegen Regierungen und Unternehmungen ergreifen, welche die Arbeitsrechte missachten.

Pro und kontra

Die Idee klingt auf den ersten Blick einleuchtend, doch bei näherer Betrachtung zeigen sich die Haken: Besonders Stimmen aus dem Süden warnen davor, Handel und Menschenrechte auf diese Weise zu verknüpfen. Sie vermuten dahinter in erster Linie die Absicht des Nordens, ihre Märkte gegen Billigimporte aus dem Süden abzusichern. In der Tat haben die Regierungen Frankreichs, der USA und einiger weiterer Industrieländer Sozialklauseln aus diesem

Grund befürwortet und damit bei Regierungen und ExpertInnen des Südens prompt Misstrauen ausgelöst: «Damit verfügten die reichen Länder über ein weiteres Mittel zur Diskriminierung der Länder des Südens», bringt beispielsweise Flavia Mello vom brasilianischen Forschungsinstitut IBASE die Befürchtungen auf den Punkt. Und die indische Biologin Vandana Shiva hält es für reichlich naiv zu glauben, dass die gleichen mächtigen Regierungen, die mittels Strukturanpassungsprogrammen dazu beigetragen haben, die sozialen Rechte auszuhöhlen und die Situation der Frauen zu verschlechtern, nun plötzlich auf dem Weg über Handelssanktionen die Lebensbedingungen der Armen verbessern wollen.

Dennoch befürworten Nicht-Regierungsorganisationen im Süden mehrheitlich die Einführung von Sozialklauseln in internationalen Handelsverträgen, wie eine Umfrage der Erklärung von Bern und von Brot für alle gezeigt hat. Gleichzeitig wissen alle, die sich ernsthaft mit der Frage der konkreten Ausgestaltung von Sozialklauseln befasst haben, dass ihre Stärke viel mehr im symbolischen als im praktischen Fortschritt liegt: Ihre Verankerung in Handelsverträgen würde wenigstens sichtbar machen, dass auch die Rechte der Arbeitenden ein Faktor im Welthandel sind. In der Praxis wären aber zum Beispiel Firmen, die für den lokalen Markt produzieren, nicht betroffen. Ebenso wenig wären es multinationale Unternehmungen wie Sandoz, der in Indien massive Verletzungen der Gewerkschaftsrechte vorgeworfen werden: Multis unterstützen nicht den WTO-Regeln und operieren in einem weitgehend rechtsfreien Raum.

Schwitzen und kein Übergewicht

Den jugendlichen Näherinnen in den «Sweat-Shops» (Schwitzläden) von Tirupur in Indien, wo der Kleiderkonzern C&A einkauft, nützen die theoretischen Diskussionen um das pro und kontra von Sozialklauseln wenig. Selbst wenn freie Gewerkschaften in allen Ländern und Firmen der Welt zugelassen wären, hätten nur diejenigen etwas davon, die über einen regulären Arbeitsplatz verfügen. Und das sind in den armen Ländern die wenigsten – am allerwenigsten die Frauen. Das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren wird zur Farce, wo Jobs höchstens noch im infor-



mellen Bereich und ohne jede Einwirkungsmöglichkeit der Gewerkschaften existieren. Sozialklauseln verhindern jedenfalls nicht das massenhafte Verschwinden von geregelten Arbeitsplätzen im Süden wie im Norden.

In der Zeitschrift «der Läufer» findet sich eine Reportage über die Nike-Zentrale in Beaverton, Oregon. Das Unternehmen, eine klassische amerikanische Erfolgsstory, ist innert 20 Jahren zur Nummer 1 im Sportartikelgeschäft geworden. Ein patentiertes, von WissenschaftlerInnen ausgetüfteltes Sohlen-Dämpfungssystem sichert der Firma auf Jahre hinaus Gewinne. Für den Erfolg mitverantwortlich sei die ganz besondere Firmenphilosophie von Nike in den USA, heisst es im «Läufer»: Jung und dynamisch haben alle MitarbeiterInnen zu sein, und sie sind angehalten, täglich in den firmeneigenen Anlagen Sport zu treiben. Ältere und Übergewichtige haben hier nichts zu suchen. Die ArbeiterInnen, die in der indonesischen Nike-Fabrik für einen Lohn von 1 Dollar 70 Cents 14 Stunden pro Tag Schuhe, Leibchen und Leggings zusammennähen, haben auch kein Übergewicht, schiesst es mir beim Lesen durch den Kopf.

Was tun?

Was kann die Joggerin in der Schweiz tun, die nun mal davon überzeugt ist, dass sie sich ohne teures, luftgefedertes Schuhwerk die Kniegelenke ruinieren wird? Wie kann sie sicher sein, dass an ihrem neuen T-Shirt nicht Blut und Schweiss der 13jährigen Arbeiterin klebt, die mit ihrem lächerlichen Verdienst irgendwie noch ihre Mutter und Schwestern durchbringen soll? Sozialverträgliche Alternativen gibt es bei den Sportschuhen kaum. Im Textilbereich dagegen existieren inzwischen einige Initiativen, die versuchen, im Labyrinth der Wäsche- und Kleiderproduktion Nischen auszumachen und eine gerechtere Produktion zu fördern. Ein Beispiel ist die «Clean Clothes Cam-

paign», die in den Niederlanden ihren Anfang genommen hat und inzwischen in ganz Europa Herstellerfirmen und Importeure von Textilien unter Druck setzt, deren Tochterfirmen und Lieferanten die Arbeitsrechte missachten. Das Schweizer «Double Income Projekt» (DIP), verpasst sozialverträglich hergestellten Kleidern ein Label, und die (Dritt-) Weltläden verkaufen Textilien, deren Entstehung vom fertigen T-Shirt bis zur Baumwollernte zurückverfolgt werden kann.

Ein Boykott bestimmter Marken und in «Billiglohnländern» hergestellter Produkte ist wenig sinnvoll, weil dieser keine Verbesserung der Situation der ArbeiterInnen bringt, sondern höchstens ihre – wenn auch noch so miserablen – Arbeitsplätze gefährdet. Ausbeutung ist nicht mit Konsumboykotten zu eliminieren, solange sie in einem von Armut geprägten Umfeld stattfindet. Wichtig ist es dagegen, von Importeuren und HerstellerInnen Transparenz zu fordern und hartnäckig Auskunft über Her-

kunft und Produktionsbedingungen zu verlangen. Sie sollen in Verhandlungen und mittels öffentlichem Druck dazu gebracht werden, in Lieferverträgen nicht nur Qualitäts-, sondern auch Sozialstandards festzuhalten und diese auch von unabhängigen Instanzen kontrollieren zu lassen. Auf jeden Fall kann es nicht

schaden, im Sportgeschäft, im Kleider- oder Spielzeugladen ab und zu kritische Fragen zu stellen.

Sozialstandards in der Schweiz

Zur Erinnerung: Sozialstandards sind nicht nur etwas für den Süden. Was würden wohl unsere WirtInnen von der Idee halten, das schweizerische Gastgewerbe zu boykottieren, weil zu viele Betriebe die Gewerkschaftsrechte systematisch verletzen, die Zahlung von existenzsichernden Mindestlöhnen verweigern und die Frauen zusätzlich diskriminieren?

Literatur: TexMix. Ein Reiseführer durch die Welt der Textilien. Bestelladresse: EvB, Postfach, 8031 Zürich

***Anna Sax ist Ökonomin und arbeitet bei der Erklärung von Bern.**

Inserat



FGS
Frauengewerkschaft Schweiz

Schlanke Produktion
Fette Profite
Kritische und engagierte
Frauen organisieren sich!

FGS-Blätter
zu
Lean-Production
Arbeitslosigkeit
Feminismus
Ökologie
etc.

bestellen
bei

FGS Postfach 8207 3001 Bern 031/311 95 26